



# Heren-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 30

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 24. Juli 1920

Anzeigen kosten die sechsgepaaltene Non-  
pareilleseite oder deren Raum 1,50 Mk.  
(Der Betrag ist stets vorher einzusenden.)  
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

## Die Kriegsstatistik der freien Gewerkschaften.

Als im Jahre 1914 der Weltkrieg über Deutschland un-  
pflötzlich hereinbrach, erschien auch der Fortbestand der Gewerk-  
schaften auf das ernsteste gefährdet. Hunderttausende der  
besten Mitglieder wurden den Verbänden durch die Ein-  
berufungen zum Heeresdienst entzogen und die plötzlich ein-  
getretene Unterbrechung des Erwerbslebens hatte eine  
Arbeitslosigkeit in solchem Umfange zur Folge, daß die Ge-  
werkschaften den an sie gestellten finanziellen Anforderungen  
zu ersticken drohten. In diesen kritischen Tagen entstand bei  
den Verbandsleitungen der feste Wille, unter möglichster An-  
passung an die außerordentlichen Verhältnisse die Gewerk-  
schaftsorganisationen den Arbeitern über die schwere Kriegszeit  
hinweg zu erhalten. Um eine Uebersicht über die Organi-  
sationsverhältnisse zu gewinnen, unternahm die General-  
kommission bei den ihr angeschlossenen Zentralverbänden  
Feststellungen über „den Bestand der Mitglieder, die Zahl  
der Eingezogenen und Arbeitslosen sowie über die Ausgaben  
für Unterstüßungen“. Die erste dieser Erhebungen erfolgte  
Anfang September 1914, die letzte schließt ab mit dem  
30. September 1918. Wenige Wochen später kam der mili-  
tärliche Zusammenbruch, der zum Abschluß des Waffen-  
stillstandes zwang. Bis zum Schluß des ersten Kriegsjahres  
konnten die Kriegsstatistiken der Zentralverbände unbeanstandet  
veröffentlicht werden. Sodann verbot die Militärbehörde ihr  
weiteres Erscheinen. Die Zahlen der Eingezogenen und der  
Gefallenen sollten nicht mehr bekannt werden.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß nach Friedensschluß sich  
der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes  
dazu entschlossen hat, mit Rücksicht auf den späteren historischen  
Wert der Erhebungen, die manchen Aufschluß über den  
Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften bieten, das mit  
so vielem Fleiße und großer Mühe eingebrachte Material zu-  
sammengestellt der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Die  
Veröffentlichung erfolgte in einer Beilage zu Nummer 28 des  
„Korrespondenzblattes“.

Ein besonderer Wert der Kriegsstatistiken liegt darin,  
daß sie auch Angaben über die Zahl der neu eingetretenen  
und der ausgeschiedenen Mitglieder enthalten und damit erst  
die tatsächliche Mitgliederbewegung bei den Gewerkschaften  
während der Kriegsjahre erkennen lassen. Vom Schluß des  
2. Quartals 1914 bis zum 30. September 1918 waren den  
berichtenden Zentralverbänden 1 882 582 Mitglieder, darunter  
819 879 weibliche, beigetreten, dagegen werden für den gleichen  
Zeitraum wieder 1 266 441 Mitglieder, darunter 359 520 weib-  
liche, als ausgeschieden angeführt. Unter Berücksichtigung der  
Eingetretenen betrug der gesamte Mitgliederabgang während  
des Krieges 2 777 648 = 66,2 % gegenüber dem Mitglieder-  
bestand am Schluß des 2. Quartals 1914 unter Hingu-  
rechnung des Mitgliederzuges. Die höchste prozentuale  
Verlustzahl weist die Erhebung vom 4. Quartal 1916 mit  
69,9 auf. Dann tritt eine leichte Besserung ein. Von dem  
gesamten Mitgliederverlust kommen bis zum 3. Quartal 1918  
1 412 887 Mitglieder = 50,9 % auf die Einberufungen zum  
Heeresdienst, das ist etwa die Hälfte des Gesamtverlustes.  
Sicherlich ist diese Zahl noch höher, als sie zahlenmäßig aus-  
gewiesen ist, da sich nicht alle eingezogenen Mitglieder ordnungs-  
gemäß abmelden. Obschon sich naturgemäß mit der längeren  
Dauer des Krieges die Zahl der Eingezogenen ständig erhöhen  
mußte, so senkt sich doch vom 30. Juni 1917 an die prozentuale  
Zahl nicht unerheblich. Diese Erscheinung wird bedingt durch  
den mit Anfang des Jahres 1917 eingetretenen Mitglieder-  
zuwachs der Gewerkschaften; der Anteil der Einberufenen an  
der Verlustzahl wird dadurch vermindert. Dieser Anteil ist  
hier angegeben im Verhältnis zu den gesamten Mitgliedern  
einschließlich der weiblichen. Ein wesentlich anderes Bild  
ergibt sich, wenn die Zahl der Einberufenen in Beziehung zu  
den männlichen Mitgliedern gesetzt wird. Diese Berechnungs-  
methode ist bei den einzelnen Erhebungen erfolgt und zeitigte  
folgendes Ergebnis:

Zum Heeresdienst waren einberufen: 30. Ja-  
nuar 1915 84,1 %, 31. Juli 1915 84,4 %, 31. Dezember 1915  
69,7 %, 30. Juni 1916 61,5 %, 31. Dezember 1916 64,1 %,  
30. Juni 1917 62,2 %, 31. Dezember 1917 59,3 %, 30. Sep-  
tember 1918 57,6 % der männlichen Mitglieder.

Auch hier tritt die Erscheinung der prozentualen Senkung  
der Einberufungszahl vom 30. Juni 1917 an als eine Wirkung  
des vermehrten männlichen Mitgliederzuges hervor. Die  
prozentualen Zahlen lassen erkennen, in welchem gewaltigen  
Umfange die männliche deutsche Bevölkerung am Kriege teil-  
genommen hat. Und mit dieser Erschütterung nehmen wir  
durch die trockenen Zahlen Kenntnis davon, daß von der  
Gesamtzahl der Eingezogenen am 30. September 1918  
129 585 Mitglieder = 9,2 % in dem besten Lebensalter  
als Kriegsoffer auf den Schlachtfeldern ge-  
fallen oder in den Lazaretten gestorben sind.  
Ungeheuerliche Opfer an Menschenleben, wenn man sich diesen  
Todesanteil übertragen auf alle Eingezogenen zahlenmäßig  
vorstellt. Da mit dem 30. September 1918 die Todeszahl  
noch nicht abgeschlossen war, wird man annehmen können,  
daß mindestens der zehnte Teil der Einberufenen als Kriegs-  
opfer geblieben ist.

Der Mitgliederbestand der Zentralverbände hatte  
bis zum Schluß des Jahres 1916 von Quartal zu Quartal  
eine ständige Abnahme erfahren. Sodann trat eine Aufwärts-  
bewegung ein. Am 30. Juni 1917 kann eine Vermehrung um  
189 488 Mitglieder = 14,7 % verzeichnet werden. Noch er-  
heblicher war dann die Zunahme an Mitgliedern bis Schluß  
des Jahres, sie betrug 187 628 = 17,2 %. Bis zum 30. Sep-  
tember 1918 stieg die Mitgliederzahl weiter, jedoch in geringerem  
Umfang, und zwar um 188 658 = 10,9 %. Die Aufwärts-  
bewegung der weiblichen Mitgliederzahl trat erheblich früher  
ein als die der männlichen. Schon am 30. Juni 1916 war  
ein Gewinn von 6970 weiblichen Mitgliedern = 4,9 % festzu-  
stellen. Numerisch am stärksten war die weibliche Mitglieder-  
zunahme vom 30. Juni 1917 bis zum Schluß des gleichen  
Jahres mit 70 517 = 28,7 %. Die letzte Erhebung schließt  
ab mit einer Vermehrung von 41 868 Mitgliedern = 12,4 %.  
Das Schlussergebnis der Kriegsstatistiken ergibt folgendes: Es  
betrug die Zahl der Mitglieder vor Ausbruch des Krieges  
2 289 454 männliche, 221 181 weibliche, zusammen 2 510 635.  
Dagegen waren vorhanden am 30. September 1918 1 039 979  
männliche, 375 540 weibliche, zusammen 1 415 519 Mitglieder.  
Es ist demnach während des Krieges eine Abnahme von  
1 095 066 Mitgliedern = 43,6 % zu verzeichnen. Da 1 412 887  
Mitglieder eingezogen waren, so erfüllt die Abnahme lediglich  
auf die Einberufungen. Die männliche Mitgliederabnahme  
allein befreit sich auf 1 249 475, während sich die Zahl der  
weiblichen Mitglieder um 154 409 = 69,8 % erhöhte. Die  
starke Vermehrung der weiblichen Mitglieder ist auf die  
während des Krieges erheblich gewachsene Beteiligung der  
Frauen am Erwerbsleben zurückzuführen.

Die durch die Kriegsstatistiken gemachten Feststellungen  
über den Grad der Arbeitslosigkeit geben ein Spiegel-  
bild der Gestaltung des Wirtschaftslebens während der Kriegs-  
jahre. Die Anfang September 1914 vorgenommene Er-  
hebung verzeichnet 370 126 Arbeitslose = 21,2 % der an der  
Berichterstattung beteiligten Mitglieder. Die für diese Ar-  
beitslosen aufgewendete Unterstüßung betrug wöchentlich  
1 648 120 M. Am 31. Oktober ist die Arbeitslosenzahl bereits  
auf 10,5 % zurückgegangen. Ende Januar 1915 sind nur noch  
6,6 % der berichtenden Mitglieder arbeitslos und die Er-  
hebung von Ende Juli weist mit 2,6 % schon einen etwas ge-  
ringeren Grad der Arbeitslosigkeit auf als er in dem gleichen  
Monat 1913 und 1914 bestand. Die Arbeitslosenzahl sinkt  
nun fortgesetzt, mit einer geringen Abweichung im Dezember  
1917, und stellt sich Ende September 1918 auf 0,8 %. Die  
anfängliche starke Arbeitslosigkeit schlug in den letzten Jahren  
um in eine erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften; die  
Kriegsindustrie arbeitete mit fiebrhafter Anstrengung, um  
den Bedarf des Krieges zu decken. Während der ganzen  
Dauer des Krieges war die Arbeitslosigkeit bei den Frauen  
erheblich stärker als bei den Männern.

In den Zahlen der Arbeitslosen allein kommt jedoch die  
nach Ausbruch des Krieges eingetretene Beschäftigungs-  
losigkeit nicht zum völligen Ausdruck. Im großen Umfange  
wurde in verschiedenen Gewerben eine starke Verkürzung der  
Arbeitszeit vorgenommen, um die völlige Arbeitslosigkeit  
möglichst einzuschränken. Von den Zentralverbänden ist ver-  
sucht worden, auch eine Uebersicht über den Grad der teil-  
weisen Beschäftigungslosigkeit zu gewinnen. Die ermittelten  
Zahlen sind recht erheblich und gehen, mit Ausnahme der  
Erhebung vom 31. Oktober 1914, weit über die der Arbeits-  
losen hinaus, obschon anzunehmen ist, daß von den Er-  
hebungen die teilweise Beschäftigten nicht so völlig erfasst  
wurden als die Arbeitslosen. Am 31. Oktober 1914 wurden  
gezählt 122 545 = 7,4 % und am 30. Januar 1915 109 925  
= 7,6 % bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigte Personen.  
Die niedrigsten Zahlen der teilweise Beschäftigten weisen die  
Erhebungen vom ersten und zweiten Halbjahre 1917 mit  
16 705 = 1,3 % und 19 550 = 1,5 % auf. Am 30. September  
1918 wurden 28 725 Personen = 2,1 % der berichtenden  
Mitglieder als nur teilweise beschäftigt gezählt.

Unter dem Eindruck der in den ersten Tagen nach Aus-  
bruch des Krieges eingetretenen allgemeinen Stockung des  
Wirtschaftslebens hielt es die Mehrzahl der Verbände für  
unmöglich, daß während der Dauer des Krieges die sachungs-  
mäßigen Unterstüßungen im vollen Umfange weitergenährt  
werden könnten, wenn man nicht die Existenz der Gewerk-  
schaften aus Spiel setzen wolle. Allgemeine, für alle Verbände  
gleich gültige Maßnahmen konnten jedoch bei der verschiedenen  
Gestaltung der Unterstüßungseinrichtungen in den Verbänden  
und ihrer von einander abweichenden Leistungsfähigkeit nicht  
durchgeführt werden. Diese zu treffen mußte den einzelnen  
Vorständen überlassen bleiben. Uebereinstimmung wurde je-  
doch darin erzielt, daß in erster Linie die Unterstüßung der  
arbeitslosen Mitglieder gesichert werden müsse, und daß hier-  
bei mehr Wert auf die Dauer als die Höhe der Unterstüßung  
zu legen sei. Die übrigen Unterstüßungen sollten zu-  
gunsten der Arbeitslosenfürsorge, soweit es erforderlich er-  
schien, aufgehoben oder doch eingeschränkt werden. Natur-  
gemäß drängte sich den Verbänden auch die Frage der Unter-  
stüßung der Familien der Kriegsteilnehmer auf. Eine solche  
in fester Form als Verbandunterstüßung einzuführen, lehnte  
die Mehrheit der Verbände ab. Doch wurden fast von allen  
Verbänden solche Unterstüßungen geleistet, zum größten Teile  
jedoch als besondere Zuwendungen und häufig aus eigens  
zu diesem Zweck geschaffenen Fonds. Die Einschränkung der  
sachungsmäßigen Unterstüßungen war nicht von langer Dauer.  
Bei einem Teil der Verbände war sie überhaupt nicht er-  
folgt und, soweit es geschehen, konnte bereits im Anfang des  
Jahres 1915, als sich die Wirtschaftslage wieder bessert  
hatte, der Ausnahmezustand beseitigt und zur vollen Ge-  
währung der Unterstüßungen übergegangen werden.

Die Kriegsstatistiken geben von den Unterstüßungsausgaben  
der Zentralverbände ein von den Gewerkschaftsstatistiken ab-  
weichendes Bild. Es erscheinen hier die Ausgaben nicht in  
jährlichen Abschnitten, sondern sie werden durch die Methode  
der Fortschreibungszahlen als Gesamtleistung während des  
Krieges, in stufenweiser Entwicklung vor Augen geführt. Es  
verausgabten die Verbände vom Beginn des Krieges bis  
zum 30. September 1918 78,7 Millionen Mark für Unter-  
stüßungen aller Art. Davon entfielen 25,8 Millionen auf  
Arbeitslosen- und 26,9 Millionen auf Familienunterstüßung.  
Schon bis zum 31. Oktober 1914 waren 12,8 Millionen an  
Arbeitslosenunterstüßung gezahlt worden, und am Schluß  
des ersten Kriegsjahres, dem 31. Juli 1915, belief sich diese  
Ausgabe bereits auf 21,6 Millionen Mark. Im weiteren  
Verlauf des Krieges trat dann nur noch eine Steigerung  
dieser Ausgabe um 4,2 Millionen ein. Anders gestaltete sich  
die Entwicklung der Ausgabe für Familienunterstüßung.  
Diese Ausgabe betrug am Schluß des ersten Kriegsjahres  
10,4 Millionen Mark, vermehrte sich demnach noch bis zum  
30. September 1918 um 21,1 Millionen Mark. Ein lehrreicher  
Vergleich ergibt sich bei Berechnung des prozentualen Anteils  
der beiden Unterstüßungen an der Gesamtausgabe für Unter-

stärkungen. Von 100 M. Gesamtunterstützung kamen am Schlusse des ersten Kriegsjahres 59 M. auf Arbeitslosen- und 41 M. auf Familienunterstützung. Am 30. September 1918 entfielen dagegen auf die erste 33 M. und auf die zweite 67 M. Der Anteil der Arbeitslosenunterstützung hat sich während dieser Zeit um 26 M. verringert und der Anteil der Familienunterstützung um 6 M. erhöht. Der auf die Arbeitslosenunterstützung am Schlusse des ersten Kriegsjahres entfallende Anteil von 59 M. bildete das Höchstmaß; er verringerte sich von diesem Zeitpunkt an fortgesetzt. Bei der Familienunterstützung steigt der Anteil dagegen bis zum Schlusse des Jahres 1918 bis auf 37 M. und hält sich dann bis Ende 1917 auf gleicher Höhe.

Mit dem Ausbruch des Krieges schloß für die freien Gewerkschaften ein geschichtlicher Entwicklungsabschnitt ab. Es war die Zeit der organisierten Schutts der Arbeiterschaft zur wirksamen Vertretung ihrer wirtschaftlichen An- gelegenheiten. Indem die Gewerkschaften in harten Kämpfen für die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß stritten, förderten sie den materiellen und geistigen Aufstieg des Proletariats. Die Gewerkschaften bahnten damit der Arbeiterschaft den Weg zur wirtschaftlichen Macht, die sie besitzen muß, um eine planmäßige Ueberleitung der kapitalistischen Produktion in eine gesellschaftliche herbeiführen zu können. Eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe hat nun die Arbeiterschaft zu leisten, nachdem sie durch den Zusammenbruch der autokratisch-militaristischen Staatsverfassung Deutsch- lands viel zeitweilig vor die Lösung sozialistischer Aufgaben gestellt worden ist, als es bei normaler Entwicklung der Fall gewesen wäre. Man mag über die Entwicklung der Sozial- isierung und die zu ihrer Weiterbetreibung zu ergreifenden Maßnahmen verschiedener Auffassung sein. Das eine steht wohl fest: die Frage der Sozialisierung der Wirtschaft wird nunmehr in dem Aktionsprogramm der Gewerkschaften einen hervorragenden Platz einnehmen.

In diesem Sinne bedeutet die Kriegszeit ein Uebergangs- stadium von einer vergangenen zu einer neuen Epoche ge- werkschaftlicher Tätigkeit. Die Aufgabe, die sich die Gewer- schaftsführungen beim Ausbruch des Krieges stellten: der Arbeiterschaft ihre gewerkschaftlichen Organisationen über die Kriegszeit hinweg zu erhalten, wurde erfolgreich gelöst. Die aus dem Felde zurückkehrenden Massen fanden die alten Organisationen vor, die den nach Ausbruch der Revolution einkehrenden Zustrom zu den Gewerkschaften erfassen und in sich aufnehmen konnten. Damit wurde die erweiterte Aktions- fähigkeit des Proletariats zusammengefaßt, in eine einheitliche Richtung gedrängt und auf das gleiche Ziel gelenkt. Und wenn der Strom auch manchmal wild über die Ufer brandete und es zeitweilig schien, als wolle er die Dämme durch- brechend sich ins Weite ergießen, so hat sich doch aus den Wirren der Zeit das Proletariat sein bestes Gut gerettet: die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Sie zu wahren und zu schirmen, muß erste Aufgabe aller bleiben, die mit heißem Herzen den endgiltigen Sieg des Sozialismus herbeiführen.

### Die Lage des Malergewerbes vor dem Reichswirtschaftsrat.

Die ungünstige Lage des Malergewerbes veranlaßte den Vorstand unseres Verbandes, dem Reichswirtschafts- rat durch den früheren Reichswirtschaftsminister W i s s e l l, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeitsbeschaffung und produktive Erwerbslosenfürsorge, folgende Eingabe zu über- mitteln:

Der unterzeichnete Vorstand des Verbandes der Maler usw. Deutschlands ersucht hierdurch ganz ergebenst, durch geeignete Maßnahmen durchsetzen zu wollen, daß die seit Jahren fast völlig eingestellten, von Tag zu Tag dringender werdenden Maler- und Anstreicherarbeiten vor allem in Wohnungen, Geschäfts- und Arbeitsräumen in Angriff genommen werden.

Würden sonst die Wohnungen, besonders die am meisten in Anspruch genommenen Räume, in kürzeren Abständen, vor allem auch bei stattfindendem Wohnungswechsel einer völligen oder wenigstens teilweisen Renovierung unterzogen, so sind diese Arbeiten während und nach dem Kriege im allgemeinen vollständig unterblieben. Dadurch sind die Wohnungen fast durchweg in einen Zustand gekommen, der den Anforderungen der Hygiene in keiner Weise mehr genügt. Die Beschaffenheit der Wohnungen aber der unbemittelten Volkskreise, die zudem jetzt mehr noch als je mit Menschen angefüllt sind, bilden einen geradezu gemeingefährlichen Herd der schädlichsten Krankheitserreger und also die schlimmste Gefahr für die auch außerdem schon durch die Folgen des Krieges stark verminderte Volks- gesundheit. Ferner kommen die so vernachlässigten Gebäude aber auch in Verfall, so daß bei der weiteren Verzögerung notwendiger Reparaturarbeiten große, vielfach gar nicht wieder zu ersetzende volkswirtschaftliche Werte zugrunde gehen.

Der Einwand, daß es an den erforderlichen Rohstoffen oder brauchbaren Ersatzstoffen fehle, ist gegenwärtig nicht mehr stichhaltig und die noch hohen Preise dafür könnten durch geeignete Maßnahmen noch mehr herabgesetzt werden, als dies teilweise schon geschehen ist.

Vor allem aber sind gegenwärtig die erforderlichen Arbeitskräfte weit mehr als ausreichend vorhanden, ja die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe nimmt in erschreckendem Umfange zu.

Die hierdurch entstehenden großen Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung und die oben erwähnten schweren

wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die so schon sehr ungünstig gestellten Berufsstände könnten vermieden und dem Volksganzen durch Beseitigung schwerster Gesundheits- gefahren gebremst werden, wenn hier das Einsetzen der produktiven Erwerbslosenfürsorge für dringend geboten erachtet wird und die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, vorausgesetzt, daß die in Betracht kommenden Hausgewerkschaften zur Vornahme der im allgemeinen Interesse dringend nötigen Reparaturarbeiten nicht gezwungen werden können.

Die technische Durchführung der geforderten Hilfs- aktion würde unseres Erachtens keine Schwierigkeiten bereiten.

Hierauf wurden Kollege S t r e i n e und Herr K r u s e zu einer am 9. Juli stattgefundenen Sitzung des oben genannten Ausschusses als Sachverständige geladen, um sich noch ein- gehend und ganz präzise darüber zu äußern, welche Ursachen den Arbeitsbeschaffungsproblemen im Malergewerbe zugrunde liegen und ferner, auf welchem Wege sich die Produktion in Gang halten beziehungsweise wieder in Gang bringen läßt.

Kollege S t r e i n e hat hierbei ausführlich die in unserer Eingabe berührten Gesichtspunkte dargelegt und noch be- sonders auf den großen Irrtum hingewiesen, als seien Maler- arbeiten gegenwärtig weniger dringlich als irgendwelche andere Arbeiten mehr. Ganz im Gegenteil. Das allgemeine Interesse erfordert hier die Bereitstellung öffentlicher Mittel, einmal, um nicht die schlimmsten Gefahren für die Volks- gesundheit heraufzubeschwören, zweitens, um nicht große wirt- schaftliche Werte einzubüßen, und ferner, um nicht Erwerbs- losenunterstützung zahlen zu müssen, wo reichlich Arbeits- gelegenheit vorhanden ist. — Einer Mietpreiserhöhung besonders das Wort zu reden, lehnten wir ab, weil eine geringe Mietsteigerung dem Malergewerbe nicht nahe und eine namhafte Steigerung die Lebenshaltung des Volkes von neuem derart verteuere, daß dies wieder besondere Lohn- erhöhungen bedinge und so den bekannten Kreislauf: Preis- steigerung, dann Lohnerhöhung, fbrdere.

Herr K r u s e schloß sich diesen Darstellungen im all- gemeinen an, hob jedoch nachdrücklich hervor, daß nur eine wesentliche Erhöhung der Mieten auf zunächst mindestens 50 % ihres früheren Betrages den privaten Hausbesitzer, den Hauptauftraggeber des Malergewerbes, in die Lage versetze, die notwendigsten Reparaturarbeiten vergeben zu können. Alle anderen Maßnahmen würden nicht durchschlagend wirken.

Wir zweifeln nicht, daß die Darlegungen unserer Berufs- vertreter im Reichswirtschaftsrat, dem bekanntlich Vertreter der verschiedensten Interessentenkreise angehören, zu Maßnahmen führen, die eine Belebung unserer Berufstätigkeit zur Folge haben, und wir werden es nicht unterlassen, auch weiter anregend und fördernd nach der Richtung einzuwirken, die durch unsere Eingabe und durch die mündlichen Darlegungen unseres Verbandsvorsitzenden angedeutet ist.

### Aus unserm Beruf.

Dresden. In der Mitgliederversammlung am 6. Juli gab Kollege Spranger den Bericht der Landesarbeitsver- handlungen vom 12. Juni und 8. Juli. Ohne weitere Lohn- erhöhung sei durch die Unternehmer abgelehnt. Es dürfte unsern Kollegen noch bekannt sein, daß unsere Unternehmer, wenn sie bei früheren Lohnverhandlungen auf die bestehenden Unterschiede unserer Löhne mit denen der Bauarbeiter hin- gewiesen wurden, immer betont haben, daß bei einem eventuellen Lohnabbau dieser Unterschied entsprechend berücksichtigt und ausgeglichen werden solle. Heute sind jedoch unsere Unternehmer die ersten, die mit dem Lohnabbau beginnen wollen. Hiergegen mußte Front gemacht werden und daß sei bei den Verhandlungen erzielt. Kollege Spranger betonte, daß wir Verschlechterungen der Löhne nur durch eine gut ausgebaute Organisation abwehren können. Die Kollegen befanden ihre Zustimmung zu dem Bericht. Im zweiten Punkt referierte Kollege J e s e h m a n n über: „Kampfmittel der Arbeiterklasse“. Er führte aus: Das durch die Klassenver- hältnisse beeinflusste Denken der Arbeiter sei durch die Re- volution in andere Bahnen gelenkt. Das Unternehmertum steht in der Arbeiterklasse seinen größten Feind. Viele Ab- wehrkämpfe hatten wir durchzuführen, ehe wir in der modernen Arbeiterbewegung zum Angriff übergehen konnten. Unsere Kampfmittel wurden von den Unternehmern durch Aus- sperrungen und Gründung von gelben Vereinen (Zersplitterung der Arbeiterklasse) vielfach unwirksam gemacht. Die alte Regierung kam den Arbeiterfeinden zu Hilfe — große Opfer seien von unsern Vorkämpfern gebracht. Diese Unterdrückungs- politik der früher herrschenden Gewalten sei wirksam durch die Gewerkschaften bekämpft. Schritt vor Schritt sei durch die Gewerkschaften eine Position nach der andern für die Arbeiterklasse erkämpft. Selbst unter dem Hilfsdienstgesetz seien Verbesserungen für die Arbeiter geschaffen. Heute sei der Arbeiter nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Geseh- gebung geworden, das Mitbestimmungsrecht sei errungen. Wollen wir diese Erfolge richtig ausnützen, so bedürfe es noch sehr der Schulung und Aufrüstung. Auch die moderne Genossenschaftsbewegung ist ein Weg mit zur Selbstbefreiung. Die Kampfmittel der Unternehmer können wesentlich einge- schränkt werden durch starke parlamentarische Macht der Ar- beiterklasse. Koalitionen haben in Wirklichkeit für die Ar- beiterklasse richtig wahrgenommene Klasseninteressen. Nicht nur Begeisterung, sondern stilles tätiges abes Mitarbeiten zeuge von wahrhaft revolutionärem Geist. Wir repräsentieren eine gewaltige Macht, wenn wir einheitlich und geschlossen gegen das Unternehmertum auftreten, dieser Sozialismus sei im Boykott gegen Ungarn wirksam in die Erscheinung ge- treten. Arbeiten wir so, dann werde der Weg zum Sozialis- mus nicht über Trümmer, sondern über die Höhen des all- gemeinen Wohlstandes zu einer wahrhaften Befreiung der Arbeiter führen. — In der Debatte erklärte sich Kollege H ä n g e f o r b bereit, in der nächsten Versammlung ein Korreferat zu halten. Dies wurde abgelehnt. Die Kollegen hatten kein Bedürfnis, die Austragung des Parteistrettes in unserer Ver- sammlung herbeizuführen. — Zum Schluß wurde noch eine sechs-gliedrige Kommission für die Schulung des Arbeits- nachweises gewählt.

Hamburg. (Auszug aus dem Geschäftsbericht von 1914 bis 1919.) Der lange Krieg hatte auch in der Filiale Hamburg mit ihrem ausgedehnten Zahlstellennetz das Organisations- leben fast völlig vernichtet. Ende 1912 zählte die Filiale

Hamburg 3162 Mitglieder; wohl verminderte sich diese Zahl am Schlusse des Kampfsjahres 1918 um rund 600, aber schon am Schlusse des 2. Quartals 1914 war dieser mehr natürliche Rückgang um die Hälfte wieder wettgemacht. Dann kam der alles vernichtende Krieg. Am Schlusse des 1. Quartals 1917 war der niedrigste Stand mit 884 Mitgliedern. Von den 28 auswärtigen Zahlstellen waren 20 ganz eingegangen. Wir können aber die erfreuliche Tatsache feststellen, daß alle Kollegen in den kleineren Zahlstellen bis zu ihrer Einberufung zum Militär treu an der Organisation festhielten. Die Ver- waltungsgeschäfte und Kassengeschäfte wanderten von einer Hand in die andere, bis eben niemand mehr vorhanden war. In der größten Zahlstelle übernahm schließlich die Frau eines Kollegen die Führung der Geschäfte und erledigte diese Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit. Auch in Hamburg gelobten sich die Kollegen gleich nach Kriegsausbruch in Bezirksversammlungen unter allen Umständen die Organisation aufrechtzuerhalten, möge kommen was wolle. Alle waren sich der bittersten Lage bewußt und daß nicht viele von der Einziehung zum Kriegsdienst verschont bleiben würden. Das Geldkonto ist gehalten worden. Wenn wir heute die Protokolle der Kriegs- jahre nachlesen, dann finden wir ein unausgefülltes Dingen und Sorgen um den Verband unter den schwierigsten Ver- hältnissen. Eine besondere Tätigkeit, der wir hier unter anderm Erwähnung tun wollen, war die regelmäßige Sendung des „Vereins-Anzeiger“ in entsprechender großer Auflage an die Kollegen ins Feld; eine Maßnahme, die nicht nur von den im Felde stehenden dankbar anerkannt wurde, sondern auch reichliche Früchte getragen hat. Nach Beendigung des Krieges brachte uns der Rest des Jahres 1918 und das ganze Jahr 1919 eine so schlimme Arbeitslosigkeit, wie wir sie nie gekannt haben. Die Lebensader Hamburgs, der Hafen mit seiner Schifffahrt, ruhte fast völlig, Handel und Wandel war ver- nichtet. Dieser wirtschaftliche Tiefstand mußte in erster Linie indirekt mit auf unser Gewerbe, als teilweisem Luxusgewerbe, zurückwirken. Dazu kam das völlige Stilllegen des Wohnungs- baues sowie der Mangel an Material und die dadurch be- dingte Verteuerung desselben. Aufträge von Malerarbeiten wurden nur vergeben von Kriegsgewinnlern und, auf unser Drängen, vom Hamburger Staat in Form von Notstands- arbeiten. Zu diesem Zweck wurde Mitte Januar 1919 ein Betrag von 2 191 740 M. für Staatsarbeiten aufgeworfen, was gleichsam auch nur einen Tropfen auf den heißen Stein darstellte. Wenn trotzdem unsere Filiale sich in lang- samem aber stetem Aufst. g wieder erhob, so ist das gewiß ein Zeichen des guten Geistes, der trotz aller Wirnisse unserer Zeit im allgemeinen in der Kollegenschaft obwaltet. Am Schlusse des Berichtsjahres zählten wir wieder eine Gesamtmitgliederzahl von 2871 in 24 Zahlstellen. Wir blieben also trotz ungünstigster Erwerbsverhältnisse nur um rund 300 hinter den allerniedrigsten Jahr 1912 zurück und hatten das Jahr 1913 um ebensoweit überflügelt. Dabei ist besonders zu beachten, daß wir hauptsächlich nur mit ortsanfälligen Kollegen zu rechnen hatten, denn ein Zu- und Abreiseverkehr war wegen der trostlosen Wirtschaftslage nur in ganz geringem Umfang vorhanden. Die Neuaufnahmen im Berichtsjahre betragen 1477. Davon waren 68,18 % über 24 Jahre alt. Es waren also im reiferen Lebensalter stehende Kollegen, die sich wieder der Organisation zuwandten. Gegenüber der Vorkriegszeit sind es 2 besonders markante Merkmale, die die von uns ausgenommenen Statistiken über das „Alter der Mitglieder“ und über die „Dauer der Zugehörigkeit zur Organisation“ ausweisen. Einmal finden wir eine erhebliche Verschiebung von den jüngeren in die älteren Jahrgänge und zweitens eine sehr erhebliche Abnahme derjenigen Kollegen, die über 1 Jahr bis zu 10 Jahren dauernd organisiert sind; dagegen hat sich die Zahl derjenigen, die noch kein Jahr organisiert sind, ganz erheblich vergrößert. Beim Wiederaufbau der Organisation haben wir also mit einer in ihrer Organisationszugehörigkeit meist jüngeren Mitgliedschaft zu rechnen — eine Begleiterscheinung des Krieges.

Unter der Arbeitslosigkeit hatten nur die Kollegen der Baubranche zu leiden; in der Lackiererei, Möbel- wie Wagen- branche, waren alle Kollegen voll beschäftigt. Da wir durch die Einrichtung der staatlichen Erwerbslosenenunterstützung in der Lage waren, die Arbeitslosigkeit im Gewerbe zu überblicken, mögen hier einige Zahlen des Arbeitsnachweises für das Maler- und Lackierergewerbe (Hamburgische Gesellschaft für Arbeitsnachweis) zur Illustration folgen: Im Monats- durchschnitt 1919 waren 1630,42 Arbeitsuchende eingetragen. Auf je 100 offene Stellen kamen im Monatsdurchschnitt 987,80 Arbeitsuchende und auf je 100 Arbeitsuchende 17,92 Vermittlungen. Insgesamt konnten im Berichtsjahre nur 3384 Arbeitsuchende vom Arbeitsnachweis vermittelt werden. 3049 gleich 15,50 % der Gesamtarbeitssuchenden nahmen ohne die Vermittlung des Arbeitsnachweises Arbeit an. Wie viele von diesen noch im Beruf Arbeit erhielten, konnte nicht festgestellt werden, tatsächlich aber werden viele von ihnen Arbeit außer Beruf angenommen haben. Die fortlaufende Statistik über die Arbeitslosigkeit speziell unter den Mitgliedern der Filiale Hamburg ergab, daß am Schlusse eines jeden Monats durchschnittlich auf je 100 Mit- glieder 22,67 Arbeitslose kamen. Hierbei ist zu beachten, daß diejenigen Mitglieder, die außer Beruf arbeiten, als in Arbeit stehend gezählt wurden. Die vorstehenden Zahlen geben nur ein annäherndes Bild von der ganz trostlosen Lage des Maler- gewerbes in Hamburg, die das ganze Jahr hindurch anhielt. Ansehend haben wir die schlimmste Zeit überstanden, denn heute kann man sagen, daß im laufenden Jahre eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Zwar läßt die große Masse der Hausbesitzer auch heute wegen der teuren Materialpreise die so notwendigen Erneuerungsarbeiten noch nicht ausführen, auch die Bautätigkeit ruht noch fast völlig, aber ein Teil der Willenbesitzer hat doch die im vergangenen Jahre beobachtete Zurückhaltung aufgegeben und da sich die Kollegenschaft nur auf Ortsanfällige beschränkt, bewegt sich zurzeit die Arbeits- losigkeit in den normalen Grenzen der Vorkriegszeit. Wir möchten an dieser Stelle zur Information der Kollegenschaft darauf hinweisen, daß ein Zureifen nach Hamburg auch weiterhin nicht zu empfehlen ist, da eine Vermittlung ort- fremder Kollegen, solange noch arbeitslose Ortsanfällige vorhanden sind, vom Arbeitsnachweis nicht erfolgt.

Die Mitgliederzahl hat sich im laufenden Jahre weiter stetig gehoben und beträgt zurzeit 3188. Davon entfallen auf Hamburg 2543 (ausschließlich der Lehrlingsabteilung) und auf die auswärtigen Zahlstellen 595. Erfolgte die Ein- teilung der Beiträge früher durch 4 besoldete Hauskassierer,

so geschieht sie jetzt durch einen besoldeten und rund 40 ehrenamtlich tätige Kassierer. Diese Form wurde beim Wiederaufbau aus Finanzgründen gewählt, stellt aber an den Idealtypus der Kollegen große Anforderungen. Die Zukunft muß uns lehren, ob diese Form auf die Dauer beibehalten werden kann. Zum ändern wurde in der Vorzugszeit die Beschlussfassung in Verwaltungsangelegenheiten von einer Vertreterversammlung, die von der Gesamtmittelgliederzahl aller Zahlstellen gewählt wurde, getätigt. Selbstverständlich blieb die Beschlussfassung in Lohnsachen, Beitragsregulierung und ähnlichen wichtigen Dingen den Mitgliederversammlungen vorbehalten. Dieses System hat während des Krieges aus natürlichen Gründen geruht. Aber nach dem Kriege ist es infolge Widerspruch der Hamburger Kollegen nicht wieder aufgerichtet worden, obwohl alle Kollegen der auswärtigen Zahlstellen den dringenden Wunsch wiederholt zum Ausdruck brachten und gegen ihre Herabsetzung zu Mitglieder anderer Reichs protestierten. Der Grundgedanke, allen Mitgliedern das gleiche Mitbestimmungsrecht zu gewährleisten, muß bei dem weiteren Ausbau der Filiale wieder Geltung bekommen. Praktisch läßt sich dieser Grundgedanke aber in einer Filiale mit ausgedehntem Zahlstellengebiet nur unter Anwendung des Vertretersystems durchführen.

Die Lohnverhandlungen wurden, soweit der Reichstarif in Frage kommt, bekanntlich durch zentrale Verhandlungen geregelt. Für das Lohngebiet Hamburg, zu dem außer Groß-Hamburg auch Altona, Wandsbek, Niendorf, die Alsterdörfer, Bergedorf, Reinbek, Barmstedt, Blankenese, Harburg und Wedel gehören, konnten die zentral vereinbarten Zeuerungszulagen durch örtliche Verhandlungen meist schon zu einem früheren Zeitpunkt in Wirksamkeit treten, als zentral vorgesehen war; nur am 1. November gelang es einigen Scharmachern im Arbeitgeberverband, die Auszahlung der Zeuerungszulage teilweise zu verhindern. Später mußten sich die Arbeitgeber, durch Schiedspruch verpflichtet, zur Nachzahlung bequemen, was auch restlos geschah. Eine im Juli 1919 aufgenommene Statistik ergab für das Stadtgebiet Groß-Hamburg bei einem tariflichen Stundenlohn von 2,50 M. einen Durchschnittslohn von 2,58 M. Die Löhne unserer Lackiererkollegen konnten nicht nach einheitlichen Grundätzen geregelt werden. Diejenigen Kollegen der Möbel- und Wagenbranche, die bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes in Arbeit stehen, arbeiten unter den Bedingungen des Reichstarifvertrages; doch ist deren Lohn tariflich um 15 % weniger als der für Maler.

Die Kollegen der Möbelbranche, die in Möbelabriken arbeiten, waren bestrebt, sich ein tarifliches Arbeitsverhältnis zu schaffen, was jedoch an dem ablehnenden Standpunkte der Organisation der Möbelabriken scheiterte. Man wies sich auf den Reichstarif, dessen Lohnsätze man zahlen wollte. Aus den Verhandlungen ging übrigens klar hervor, daß Führer des Arbeitgeberverbandes im Malerhandwerk ihre Hand im Spiele hatten, um einen Tarifabschluß zu verhindern. Infolge der guten Konjunktur in der Möbelbranche gelang es aber durch wiederholte Einzelbewegungen, die Löhne bedeutend über die Reichstariflöhne zu erhöhen; auch errangen sich diese Kollegen im Anschluß an die Bewegung der Tischler die sechsbundertzigtstündige Arbeitswoche und 1 Woche Ferien.

Die Kollegen der Wagenbranche, die beim Wund der am Wagen- und Automobilbau beteiligten Arbeitgeber in Beschäftigung stehen, arbeiteten Anfang 1919 noch zu Löhnen, die weit unter denen des Reichstarifes standen. Hier bedurfte es ebenfalls mehrfachen energischen Zusätzens, um die einzelnen Arbeitgeber zur Zahlung angemessener Löhne zu bewegen. Im Oktober wurde dann ein gemeinsamer Tarif aller Betriebsarbeiter mit dem Bund abgeschlossen, der unter anderem auch Ferien von 3 bis 4 Tagen vorsah. Unsere Kollegen beteiligten sich hier zum ersten Male an einem Tarifabschluß. Die bei der Straßen- und Hochbahn beschäftigten Kollegen der Wagenbranche arbeiteten zu Anfang des Berichtsjahres zu den Löhnen des Reichstarifes, später führten sie ihre Lohnbewegungen gemeinsam mit sämtlichen Betriebsarbeitern durch. Im Februar kam es zu einer Arbeitsmederlegung. Die Löhne dieser Kollegen blieben bedeutend hinter denen des Reichstarifes zurück; auch eine zweimalige Wirtschaftshilfe konnte eine Annäherung nicht herbeiführen.

Die Kollegen der Schilder- und Anstricherbranche traten im Januar unserer Organisation bei. Die Löhne waren sehr niedrig. Abschließend eingeleitete Verhandlungen mit der Organisation der Arbeitgeber führten zu einem Tarifvertrag mit den gleichen Löhnen des Reichstarifes. Später hinzugekommene Zeuerungszulagen bewegten sich im gleichen Rahmen wie für die Maler.

Die Kollegen der Sektion Westmaler hatten sich schon in den Revolutionsjahren 1918 gleich allen andern Westmälern den Einheitslohn von 2,40 M. errungen. Die Akkordarbeit, die infolge schändlicher Behandlung der Arbeiter so verhasst geworden war, wurde abgeschafft. Aber erst Ende September 1919 gelang es, den Lohn auf 2,70 M. zu erhöhen. Gleichzeitig wurde die Akkordarbeit wieder eingeführt. Die Basis hierfür wurde festgesetzt auf Stundenlohn plus 10%. Gleichfalls kamen die Kollegen in den Genuss von einer Woche Ferien.

Weitere Lohn- beziehungsweise Tarifbewegungen wurden durchgeführt für die kleinere Gruppe der Maschinenlackierer, Theaternaler, Plafatmaler in den Warenhäusern und Malerarbeiten sowie bei einer Reihe einzelner Firmen.

Wenn wir zusammenfassend das Gesamtergebnis unserer nachkriegszeitlichen Organisationsarbeit überblicken, so können wir in Anbetracht der außerordentlich schwierigen Verhältnisse, unter denen wir zu kämpfen hatten, mit dem Erfolg zufrieden sein. Wollen wir uns auch in Zukunft gleiche oder bessere Erfolge sichern, so müssen wir uns rüsten; denn schwere Kämpfe werden kommen, vielleicht früher als mancher vermutet. Die bisherige Gepflogenheit der organisierten Kollegen: durch ihre unermüdbare Zusammengetragenen Beiträge in Kampfeszeiten die Unorganisierten mit durchzuschleppen, muß jetzt ein Ende haben. An Aufklärung über die wirtschaftliche Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation mangelt es niemand mehr. Woran es allerdings noch mangelt, das ist die Ueberzeugung, der unbedingte Glaube an die siegreiche Kraft des Sozialismus, die in der unermüdbaren gewerkschaftlichen Tätigkeit enthalten ist. Diese Ueberzeugung bei allen Laien und Wankelmütigen zu fördern, soll unsere Aufgabe sein, speziell auch bei jenen Kollegen, die dem Verband noch völlig fernstehen, weil sie den Glauben an den Sozialismus noch nie befestigt haben. Th. Tonn.

**Leipzig. Uebertritt des sogenannten Neuen Zentralverbandes zu unserer Organisation.** Ende Juni 1911 spaltete sich eine Gruppe Leipziger Kollegen von unserer Organisation los und arbeitete eifrig an der Schaffung eines neuen Zentralverbandes ohne Unterstufungseinrichtungen. Doch blieben die Erfolge aus. Später fand man Anschluß bei den Syndikalfisten und seit einiger Zeit suchte die Filiale Leipzig dieser Organisation, die mit 160 Mitgliedern wohl nahezu allein übrig geblieben war, Fühlung mit unserer Organisation. — Da wir natürlich stets einer Einigung aller Arbeiterorganisationen das Wort reden, glaubten wir, den wieder zu uns zurückkehrenden Kollegen, den übrigens andere schon vorausgegangen waren, keine Schwierigkeiten bereiten zu sollen und vereinbarten mit ihnen folgende Uebertrittsbedingungen:

1. Die Mitglieder der sozialen Vereinigung (Ortsgruppe Leipzig) treten am 1. Juli zum Verband der Maler usw. über.
2. Für diese treten mit dem Tage des Uebertritts die dort im Statut festgesetzten Unterstufungsätze in Kraft.
3. Die frühere Mitgliedschaft im Verband der Maler usw. sowie die im Neuen Zentralverband wird ausgerechnet, sofern diese keine statutenwidrige Unterbrechung erlitten hat. Bei der Umrechnung werden 2 in der neuen Organisation geleistete Beiträge als je 1 Beitrag im Verband der Maler usw. angerechnet.
4. Mitglieder, die am 31. Mai 1911 bei der Trennung noch rückstehende Beiträge bis zu 8 Wochen im Verband der Maler usw. hatten und solche, bei denen die Unterbrechung der Mitgliedschaft vom 31. Mai 1911 an gerechnet, nicht länger als 8 Wochen beträgt, können die alte Mitgliedschaft wieder erwerben, wenn sie die rückstehenden Beiträge im Verbands der Maler usw. nachzahlen.
5. Sollten wegen des Uebertritts in Einzelfällen Streitigkeiten entstehen, so prüft diese die beiderseitige Verhandlungskommission.
6. Der Endtermin des Uebertritts ist der 15. August 1920.
7. Als Gegenleistung liefert die soziale Vereinigung ihren gesamten Kasseeinstand sowie die noch vorhandenen Kassenlisten an den Verband der Maler usw. ab.
8. Zur Nachkontrolle des Kasseeinstandes stellt die soziale Vereinigung die Abrechnung vom letzten Jahre zur Einsicht zur Verfügung.
9. Die alten Mitgliedsbücher sowie die Mitgliedsbücher mit der sozialen Vereinigung sind beim Uebertritt an den Vorstand des Verbandes der Maler usw. abzuliefern.

**Wilhelmshaven.** Zu dem Bericht in Nr. 28 des „Verbands-Anzeiger“ aus Emden, in dem der Filiale Wilhelmshaven der Vorwurf gemacht wird, daß sie die Zahlstelle Norden vernachlässigt habe, protestiert die Filiale gegen energisch. Ungeleitet ist die Sache richtig und wir wollen Kollege St. darauf hinweisen, daß gerade Norden die einzige unserer Zahlstellen ist, der man den Vorwurf „nachlässig“ geben muß, speziell im schriftlichen. Auch die Filiale Emden wird nicht in der Lage sein, vierteljährlich einen Referenten zu schicken und die sonstigen Wünsche restlos zu erfüllen, trotzdem die Bahnverbindung jetzt viel besser geworden, als sie im vergangenen Jahre war. Zudem ist es auch gerechtfertigt, daß eine Zahlstelle selbst die Kosten trägt, wenn sie an einer andern Konferenz teilnehmen will und nicht die Kosten ohne weiteres der früheren Filiale anrechnet.

Die Filialverwaltung Wilhelmshaven.

**Erklärung.** In der Erwiderung meines Eingandes in Nr. 26 habe ich zum Ausdruck gebracht, daß ich anlässlich der Wahl eines Angestellten den Beweis erbringen könne, daß diese nicht ordnungsgemäß vorgenommen worden sei. In einer Sitzung mit der Bewerberkommission habe ich mich überzeugt, daß die Vorkandidaten und die Wahl vollständig korrekt vor sich gegangen sind.

Stuttgart, 9. Juli 1920.

Chr. Wörschinger.

## Lackierer.

**Mainz.** Der Ausstand in der hiesigen Metallindustrie ist beendet. Die Arbeiterschaft nahm vom 7. bis 9. Juli allgemein zu den neuen Bedingungen die Arbeit wieder auf. Ein Lohnabkommen, geltend vom 7. Juli bis 31. August dieses Jahres, gewährt den Arbeitern die einmalige Zahlung einer Pauschalsumme von 100 M. sowie Lohnzuschläge von 60 % die Stunde für die Zeitlohnarbeiter, für die Akkordarbeiter bis zu 82 % die Stunde. Die Lackierer treffen durch unsern Verband mit den für sie in Betracht kommenden Firmen auf Grundlage des obigen Lohnabkommens ihre besonderen Vereinbarungen. Es werden hierbei noch Forderungen besonderer Art erledigt. Der kurze Kampf endete mit einem Erfolg für die Arbeiter. Die materiellen Opfer des einzelnen sowie des Verbandes wurden nicht vergebens gebracht. Die Lackierer der Opelwerke waren aus taktischen Gründen an dem Kampfe nicht beteiligt; sie brachten durch Sammlung 1185 M. für die streikenden Lackierer auf. Ein schöner Akt der Solidarität! So ging wieder eine erfolgreiche, durch Einigkeit getragene Bewegung zu Ende.

## Aus Unternehmerkreisen.

**Zur Bekämpfung von Ueberschreitungen des Achtstundentages durch Nebenarbeit.** Der Landesauschuss des sächsischen Handwerks hat beim sächsischen Wirtschaftsministerium über sogenannte Rufscharbeit in vielen Handwerkszweigen Beschwerde geführt und darauf hingewiesen, daß zur Verhinderung nebenberuflicher Tätigkeit von sonst vollbeschäftigten Personen beispielsweise der Bezirksauschuss des Handwerks in Glauchau mit dem dortigen Arbeiterrat und Gewerkschaftsleiter vereinbart habe, daß Ausschüsse zur Ueberwachung der Einhaltung des Achtstundentages eingesetzt würden, jeder Meister einen Gehilfen oder Arbeiter, der Nebenarbeit leistet, sofort entlassen müsse und einen solchen Gehilfen oder Arbeiter nicht einstellen dürfe, und daß bei Nebenarbeit betroffene Arbeiter aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Das Arbeitsministerium hat diese Vereinbarung den in Betracht kommenden Behörden mitgeteilt und den Abschluß entsprechender Vereinbarungen auch in andern Orten empfohlen.

## Gewerkschaftliches.

**11. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.** Vom 6. bis 8. Juli tagte der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus.

An erster Stelle stand zur Beratung der Geschäfts- und Kasseeinstand des Bundesvorstandes für das Jahr 1919.

Nachdem die Revisionen Bericht erstattet und Decharge beantragt hatten, wurde demgemäß beschlossen. In der Aussprache über den Geschäftsbericht wurden hauptsächlich die Verurteilungen für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat erörtert.

Der Anregung, jungen Juristen (Referendaren) in den Gewerkschaftsbüros die Möglichkeit einer gewissen Ausbildung zu geben, und sie zugleich den Auffassungen und Bedürfnissen der Gewerkschaften näherzubringen, stimmte der Ausschuss zu. Die Statistische Kommission wurde auf 9 Personen bestimmt und neu gewählt. Der Ausschuss stimmte dem Antrage des Bundesvorstandes zu, vierteljährlich die Zahlen der Mitglieder der Gewerkschaften festzustellen und zu veröffentlichen. Die Arbeitslosenstatistik soll möglichst der Reichsregierung überlassen, die Statistik der Lohnbewegungen vereinfacht werden.

Es folgten dann die Beratungen über die Organisation der Betriebsräte und die Herausgabe einer Betriebsrätezeitung. Mit den gleichen Fragen hatte sich eine am 5. Juli in Berlin abgehaltene Konferenz der Agitations- und Bezirksleiter beschäftigt. Begleitend berichtete über diese Konferenz und über die seitlicher in Gemeinschaft mit der „Asa“ getanen Schritte zur Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wünscht die Einlegung eines Beirats bei der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sowie eine direkte Vertretung in der letzteren. Der Einlegung eines Beirats wurde zugestimmt. In diesem sollen die Arbeiter- beziehungsweise Angestelltenmitglieder der Betriebsräte aller Gruppen vertreten sein. Die Namhaftmachung der Vertreter wurde den Vorständen der an den betreffenden Gruppen beteiligten Gewerkschaften überlassen. Die „Betriebsrätezeitung“, deren erste Nummer vorlag, soll vorerst monatlich im Umfange von 8 Seiten erscheinen. Sie wird von Dr. Griemer redigiert und den Betriebsräten durch ihre Gewerkschaftsvorstände zugestellt.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Aussprache über Industrieorganisation im Baugewerbe und in den Lebensmittelberufen. Sie wurde durch den Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes durch eine längere Rede eingeleitet, in der der Beunruhigung infolge dieser neuen Bestrebungen Ausdruck gegeben wurde. Auch andere Vorstandsvertreter schlossen sich diesen Vorfürsungen an, insbesondere die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Die Idee der Industrieorganisation wurde dagegen verteidigt von den Vertretern der Bauarbeiter und Metallarbeiter. Die Debatte fand ihren vorläufigen Abschluß in der Einlegung einer Studienkommission von 11 Personen, die gemeinsam mit dem Bundesvorstand und dem Vorstand der „Asa“ die Frage der Schaffung von Industrieverbänden für Hand- und Kopparbeiter prüfen und der nächsten Ausschusssitzung Bericht erstatten soll sowie mit der Annahme eines Antrages Giebel, worin der Bundesauschuss erklärt, daß die Idee der Industrieorganisation nach den Wünschen der Bau- und Metallarbeiter mit dem § 5 der Bundesstatuten im Widerspruch stehe und so lange nicht verwirklicht werden könne, als nicht der Gewerkschaftsstand diese Satzungen geändert habe. Von Seiten des Vertreters des Bauarbeiterverbandes wurde wiederholt erklärt, daß dieser nicht daran denke, seine Bestrebungen anders als im Wege der Verständigung mit den in Frage kommenden Verbänden durchzuführen.

Das Internationale Gewerkschaftsbüro in Amsterdam beantragt die Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses im November 1920. Der Ausschuss stimmte diesem Vorschlag zu und beschloß, 11 Vertreter zu delegieren.

Mit den Zentralkomitees der christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine ist folgende Erklärung gegen den Organisationszwang vereinbart worden, der sich der Ausschuss nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen anschloß:

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands haben in der jüngsten Zeit ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der mit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehenden Dinge nicht unbedeutend gestärkt. Deshalb bemühen sich andauernd die organisierten Arbeiter, die Mitgliederzahlen ihrer Organisationen weiter zu erhöhen. Dieses um so mehr, als die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiterschaft vor Aufgaben größten Ausmaßes stellt, Aufgaben, deren Umfang und Bedeutung die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert. Auf dieser Erkenntnis beruht das Streben der Arbeiterschaft nach Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Formen. Wo sich Fälle von Terror in Arbeiterkreisen zeigten, sind sie heinflusst von dem Wunsch auf Stärkung ihrer Vereinigungen beziehungsweise auf Schaffung ausschlaggebender gewerkschaftlicher Organisationen.

Von Seiten der Arbeitgeber ist das Organisationsstreben der Arbeiter vielfach durch Zwangsmittel verschiedenster Art unterbunden worden, die gegen organisierte Arbeiter angewendet wurden. In der Beurteilung derartiger Zwangsmittel sind alle Organisationen einig.

Sie müssen auch einig sein in der Beurteilung aller Fälle von gewalttätigem und geistigem Terrorismus, gleichgültig, ob dieser von den Unternehmern, von einflussreichen Personen durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile oder durch Ausübung von Gewissenszwang, oder von Anhängern der einen Gewerkschaftsorganisation gegen Anhänger einer andern Gewerkschaftsorganisation ausgeht.

Die Koalitionsfreiheit, die in Artikel 159 der neuen Reichsverfassung garantiert ist, gibt den Arbeitern das Recht, sich einer Organisation anzuschließen, die ihrer Ueberzeugung entspricht. Dieses für alle geltende Recht darf nicht in ein Unrecht, in den Zwang ausmünden, den einzelnen in eine bestimmte Organisation zu pressen. Die unterzeichneten Organisationsleitungen verurteilen jede gewalttätige Einwirkung auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation mit aller Entschiedenheit. Sie fordern alle ihre Beamten, Angestellten, Vertrauensmänner und Mitglieder auf, innerhalb und außerhalb der Betriebe jedem Zwang auf organisierte Arbeiter zum Zwecke des Austritts aus einer Organisation oder des

Uebertretung von einer Organisation in eine andere auf das nachdrücklichste entgegenzutreten.

Ferner wurde gegen 8 Stimmen folgende Erklärung gegen die Kundgebung der Vereinhaltung Deutscher Arbeitgeberverbände betreffend Lohnabbau angenommen:

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschussung vom 20. Mai 1920 einen Maßnahmeprogramm alle ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände gerichtet mit der Aufforderung, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen, da die Preise der deutschen Erzeugnisse die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten hätten, der Absatz schon heute überall stockt und eine abermalige Steigerung der Herstellungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Preissteigerung zur Katastrophe führen müsse.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß diese Kundgebung einer der stärksten Arbeitgebervereinigungen aufs tiefste bedauern, da sie der Verständigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Regelung der Löhne und Gehälter Schwierigkeiten bereitet und in die Zuständigkeit der Arbeitgebervereinigungen eingreift. Ein einseitiger Lohnabbau seitens der Arbeitgeber würde Konflikte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herausbeschwören, die das Fortbestehen der für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft notwendigen Arbeitsgemeinschaften unmöglich machen würden.

Die Gewerkschaften sind sich der Schwierigkeiten in der deutschen Volkswirtschaft hinsichtlich der Preisentwicklung sowie der Anpassung der Löhne und Gehälter an diese wohl bewusst und gleichfalls davon überzeugt, daß eine Gesundung dieser Verhältnisse angebahnt werden muß. Eine solche kann und darf aber nicht auf Kosten der Arbeitnehmer dadurch erzielt werden, daß versucht wird, durch Lohnverminderungen einen Preisabbau zu erzwingen. Vielmehr muß der Preisabbau die Voraussetzung für eine Anpassung der Löhne sein, die auf den wirklichen Lebenshaltungskosten basieren müssen. Auch genügt es nicht, daß die Großhandelspreise einiger Lebensmittel an gewissen Umschlagplätzen vorübergehend im Sinken begriffen sind, um daraus auf eine allgemeine Verminderung der Lebenshaltungskosten zu schließen, sondern es bedarf der genauen Ermittlung der am Arbeitsort geltenden Kleinhandelspreise, deren Indizes allein den zuverlässigen Maßstab für die Beurteilung der Preisbewegung abgeben.

Die Gewerkschaften müssen entschieden Verwahrung einlegen gegen den einseitigen Versuch führender Arbeitgeberverbände, die Lohnregelung der paritätischen Verständigung zu entziehen und der früheren Willkür kapitalistischer Herrschaftsgelüste zu unterstellen.

Hinsichtlich der Frage der Anrechnung der Beiträge bei Uebertreten von Mitgliedern wurde eine Kommission von 8 Personen eingesetzt, um diese Angelegenheit nochmals eingehend zu prüfen. Zur Frage der Beteiligung lebenswichtiger Betriebe bei Generalstreiks wurden die Gewerkschaftsvorstände ersucht, für ihre Verwaltungsgremien Richtlinien über das Verhalten ihrer Mitglieder in solchen Fällen aufzustellen.

### Sozialpolitisches.

Gegen die Lebensmittelvertenerung wird von den Leitungen der freien Gewerkschaften Protest erhoben. Die Erklärung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in der Reichstagsitzung vom 2. Juli, wonach eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 55 % geplant sein soll, hat in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung lebhaften Unmut hervorgerufen. Die beiden Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, haben sich deshalb am 12. Juli an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit einem dringlichen Schreiben gewandt und gegen die geplante weitere Belastung der Konsumenten Einspruch erhoben. Es wird unter anderem darauf hingewiesen, daß bereits die gegenwärtigen hohen Lebensmittelpreise die Volksgesundheit aufs äußerste gefährdet haben. Die Gewerkschaften lehnen auch eine Regelung ab, wonach etwa eine Erhöhung der Erzeugerpreise ohne Steigerung der Kleinhandelspreise erfolgen soll, das heißt, daß die Kosten für die Erhöhung der Erzeugerpreise vom Reich getragen werden. In letzter Linie würden auch hier die breiten Bevölkerungsschichten indirekt die Belastung zu tragen haben. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung die Absicht der Preis-erhöhung fallen läßt und mit dem von allen Seiten geforderten Abbau der Preise unverzüglich beginnt.

### Arbeiterversicherung.

Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung. Nachdem in der Invaliditäts- und Altersversicherung zweimal der Geldwert der Rechnung getragen worden ist durch Gewährung von Zulagen zu den Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten, ist durch ein Gesetz über Abänderung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 20. Mai 1920 eine Neuregelung der Zulagen erfolgt. Danach erhalten alle Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine Invaliden-, Alters- oder Hinterbliebenenrente beziehen, eine Zulage zu ihrer Rente. Ausgeschlossen davon sind:

1. Personen, die auf Grund des Gesetzes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung (Reichsversorgungsgesetz) eine Rente für Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit von mehr als zwei Drittel oder eine Hinterbliebenenrente beziehen,
2. Ausländer, die sich im Auslande aufhalten,
3. Die im § 120 Absatz 2 Satz 2, § 1276 Absatz 1 Satz 2, §§ 1277, 1531, 1536, 1541, 1544 Reichsversicherungsgesetz bezeichneten Gemeinden, Armenverbände, Versicherungsträger usw.

Die Zulage beträgt ab 1. Juli 1920 für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente monatlich 30 M., für Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente monatlich 15 M., für Empfänger einer Waisenrente monatlich 10 M. Die Erhöhung gegen die bisherigen Zulagen beträgt bei der Invaliden- oder Altersrente 10 M., bei der Witwen- oder Waisenrente 5 M., während für Waisenrente bisher keine Zulage gewährt wurde.

Die Zulage wird in vollem Betrage gezahlt, auch wenn der Empfänger nur einen Bruchteil der Rente erhält. Sie fällt weg, wenn der Anspruch auf Rente zum vollen Betrage ruht oder wegfällt. Die Auszahlung der Zulage erfolgt wie bisher monatlich im Voraus.

Vom 1. August an tritt eine Beitragserhöhung ein. Der Wochenbeitrag beträgt dann in Lohnklasse I 80 M., in Lohnklasse II 100 M., in Lohnklasse III 110 M., in Lohnklasse IV 120 M. und in Lohnklasse V 140 M.

Die Verordnung über die Gewährung von Zulagen zu Renten aus der Invalidenversicherung vom 21. August 1919 ist am 30. Juni 1920 außer Kraft getreten. Empfänger einer Invaliden- oder Waisenrente, die nach Maßgabe jener Verordnung eine Zulage erhalten, ohne zum Bezuge der Zulage berechtigt zu sein, beziehen ihre Zulage bis 31. Dezember 1920 weiter.

Für die Zeit nach dem 1. August 1920 dürfen alle Marken nicht mehr verwendet werden. Ungültig gewordene Marken können binnen 2 Jahren nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer bei den Markenverkaufsstellen gegen gültige Marken im gleichen Geldwert umgetauscht werden.

### Genossenschaftliches.

An die bestehenden Malerei-Betriebsgenossenschaften Deutschlands.

In allerhöchster Zeit wird der Verband sozialer Baubetriebe e. m. b. H. gegründet. Wer sich an dieser Gründung beteiligen will, möge umgehend an die untenstehende Adresse senden:

1. Name und Sitz der Genossenschaft.
2. Eine Vermögensübersicht (Stand vom 30. Juni 1920).
3. Ein Statut.
4. Die Zahl der Mitglieder.
5. Zahl der zurzeit beschäftigten Gehilfen.
6. Einen Kurzaufsatz über die Genossenschaft.
7. Eine Mitteilung, wieviel Anteile eventuell gezeichnet werden.

Der oben erwähnte neue Verband hat den Zweck, weitere soziale Betriebe ins Leben zu rufen und die bestehenden zu unterstützen. In Zukunft wird die Gründung von Genossenschaften im Baugewerbe vom Verband sozialer Baubetriebe abhängig sein.

Erwähnt sei noch, daß der kleinste Anteil 1000 M. beträgt.

Um umgehende Antwort ersucht

Paul Junge, Geschäftsführer der Malerei-Gesellschaft e. m. b. H. Hamburg 21, Bachstr. 155.

Die 7. Generalversammlung der Volksfürsorge tagte am 28. Juni dieses Jahres im Sitzungssaal der Verlags-gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg. Nach Eröffnung derselben durch Herrn Bauer, Berlin, als Vorsitzenden des Ausschusses, stellte Herr Notar Martin fest, daß 148 Aktionäre mit 916 000 M. Aktienkapital vertreten waren.

Dem verstorbenen Vorstandsmitgliede Heinrich Wentker widmete Herr Bauer herzliche Dankesworte. An Kollegen Wentkers Stelle ist Kollege Streine bestimmt worden. Dann besprach er den Bericht des Vorstandes sowie die Geschäftsergebnisse und die Bilanz. Er erläuterte die Ursachen des finanziell nicht ganz befriedigenden Ergebnisses gegenüber dem Betriebsergebnis, das sehr fruchtbar gewesen ist. Die durch die ungeheure Teuerung sich nötig machenden Erhöhungen

der Gehälter und Löhne und die gewaltige Steigerung der sonstigen Verwaltungskosten konnten nicht auf die Verhältnisse durch erhöhte Prämien abgewälzt werden im Gegensatz der allgemeinen Warenvertenerung. Sie kommen aber bei der Anrechnung der Dividenden für die bei uns mit Gewinn beteiligten Versicherten zum Ausdruck, die dafür jedoch Verzichtnis haben werden. Gegenwärtig schreiben in nachgebenden Kreisen Erwägungen, die Teuerung durch Zuschläge zu den laufenden Prämien auszugleichen. Der Ausbau unserer Organisation war bei Kriegsausbruch noch nicht abgeschlossen und wurde dann jah unterbrochen. Das Jahr 1919 mußte daher dieser Aufgabe wesentlich mitgewidmet werden. Es ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Durch die Zusammenlegung von Rechnungsstellen entstehen Beitragsrechnungsstellen. Sie vereinfachen den Verkehr mit der Hauptstelle. Der bei der Gründung der Volksfürsorge erhoffte Anstieg für die Sparversicherung ist nicht eingetreten, weil nicht sofort die hohe Versicherungssumme wie bei der Kapitalversicherung vorhanden ist. Wenn auch die Volksfürsorge heute noch zu den mittleren Versicherungsgesellschaften zählt, so weist der Aufschwung im laufenden Jahre doch darauf hin, daß sie bald zu den großen gehören wird. In dem Sinne bitte die Herren Aktionäre, auch in ihren Kreisen wirken zu wollen.

Für den Ausschussrat berichtete Herr Hoffmann, Magdeburg, daß durch das Wachsen des Geschäftes die Umstellung der Herren Junger und Gaertig zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern bedingt worden sei. Die Prüfung der Jahresrechnung, Bilanz, Wertbestände und Bücher hat deren Richtigkeit ergeben, was von der Revisionskommission durch Herrn Seifert und dem von der Generalversammlung bestellten Revisor, Herrn W. K. Klein, bestätigt wurde.

Nach kurzer Aussprache wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt und die Bilanz genehmigt.

Gemäß § 88 des Gesellschaftsvertrages wurde die Verteilung des Uberschusses wie folgt beschlossen:

1. Dem gesetzlichen Reservefonds 5 %	88 680,14 M.
2. Dem Organisationsfonds 5 %	88 680,14 "
3. Dem Fonds für besondere Reserven 5 %	88 680,14 "
4. Dem Kriegsrücklagefonds 5 %	88 680,14 "
5. An Zinsen für das vollingezahlte Aktienkapital	40 000,-- "
6. Der Gewinnreserve der Versicherten 5 % der 9 598 211,60 M. betragenden Jahresprämie der mit Gewinnanteil Versicherten	476 810,58 "

Der Rest von 22 071,76 M. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Herr W. K. Klein, Hamburg, wurde als Revisor einstimmig wiedergewählt.

Vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurden als Vertreter der Gewerkschaften: die Herren Bauer und Seifert auf 4, Herrmann Rube auf 2 Jahre, als Vertreter der Genossenschaften: die Herren Fräßdorf und Seifert auf 4, Mirus auf 2 Jahre und Schwedt als Ersatzmann.

### Sterbetafel.

Hannover. Am 8. Juli starb unser Kollege Albert Dettmer, geboren am 19. Januar 1890 in Einde. Ehre seinem Andenken!

Die Woche vom 25. bis 31. Juli 1920 ist die 30. Beitragswoche.

Nr. 28 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

### Junger Lackierer

gesucht f. dauernde Arbeit. Wagen-lackierer. Reinhard Reimann, Selbe L. Holstein, Friedrichstr. 24.

### Farbfessel

Liefer sofort ab Lager Lülle & Co., Bremen, Faulenstr. 19.

Kurst für neue Holz- u. Marmor-malerien, auch für Kriegsbeschädigte, erteilt Friedrich Wapp, Hamburg-Opfenbr., Regelhofstr. 27, Opt. Anmelde. tagt.

### Firniss,

Lack, Leim, Schellack lauft jeden Vollen Handlung chemischer Produkte, Berlin O 84, Wilhelm-Stolze-Straße 22, Königsplatz 7217.

### Wilhelm Walter

Dele, Lacke, Seime Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Darselstraße 72. Geschäftsjahr von 8 bis 4 Uhr.

### Ein lohnender Beruf für Kriegsbeschädigte.

Bietet sich durch Teilnahme an einem einmonatigen Spezialkursus in der Holz-, Marmor-, Glaskleber-, Maler- u. Dekorationsmalerei beim Maler-Zentrum Schwerin i. M. S. Seit 1908 gut bewährt. Klängen bedürftliche Gutachten. Beginn neu. Kurse i. Septemb. für Kriegsbeschädigte besonders günstige Schulgebühren. Körperlich i. Arbeit. Ausführliche Auskunft (auch über Wetter- und Gesellenprüfung) und Prospekt (auch f. nichtkriegsbef. Schüler d. Wintersem.) kostenlos durch d. Mecklenburgische Maler-Zentrum, Schwerin i. M. S.

### Jeder Kollege

bestelle sofort einen Probeband „Der Dekorationsmaler“ 2 frühere Hefte mit 12 feinsten Farbentafeln, Preis 5 M. bei Voranschuldung des Betrages. Quellens-Verlag, München 89.

### Streichbürsten

Büffel aller Art in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert S. W. Witte, Berlin NO 58, Sufelandstr. 46.

### Malerschule Buxtehude

gegr. 1877. Kriegsbeschädigten-Kurse. Größte Schule für Dekorationsmalerei. Goldene Medaillen u. Ehrenpreise. Prospekt durch die Direktion.

### Geld verdienen

Es ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ab Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort seine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplattenmalereien sowie auch zur Herstellung von Plattenmalereien aller Art zu senden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die äußersten Glas- und Plattenmalereien herstellen. Besonders sehr wertvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattenmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmeres sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 18 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1/4 bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungsmuster in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Metallstempeln im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Verbrauchsmaterialien. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von 15 M. Frankosendung. Adis. Huttmacher, Maler, Linden i. Rheinland. Wehrer Herr Huttmacher! Es ist wirklich eine Freude, mit Ihren Buchstabenpausen zu arbeiten. Denn seitdem ich mit Ihren Pausen arbeite, werde ich von jedermann gelobt über die Sauberkeit meiner Schilder, und was die Aluminium-Brillantschilder anbetrifft, auch ich können offen gestanden, daß dieselben, was vornehmere Wirkung anbelangt, einfach großartig sind. Ich habe einige Probebilder angefertigt und habe Ihnen einer Woche circa 20 Zehrschilder im Auftrag. Ich spreche mir viel von diesen Schildern; denn man kann, was ja die Hauptsache ist, schönes Geld daran verdienen. Ich werde gern Ihre wertvollen Artikel meinen Berufscollegen weiter empfehlen und selbst hochachtungsvoll! G. Gasse, Maler, Fallersleben.

### Lesen Sie das Handbuch „Neue ölfreie Grundiertechnik“

von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis 4,70 Mk. postfrei.

Aus dem reichen Inhalt dieses einzigartigen Buches mögen folgende Abschnitte besonders erwähnt sein: Einführung in die Neue Grundiertechnik — Ueber das Schleifen — Vorbehandlung des Holzes — Aufräumen — Aufquellen — Vom Grundieren — Heißölen und seine Nachteile — Grundanstriche auf Holz und Putz — Vom Materialverbrauch und der Kostenberechnung — Das Porenfüllen — Öl und Lackanstriche — Deckkraft — Wasserfeste Anstriche — Lasierte Lackflächen — Das Kronen-Grundverfahren — Naturlackierungen auf Holz — Holzmaserungen — Glanzlackierungen — Blanke Lackflächen durch einmalige Lackierung — Mattlackierungen — Wasserfeste Mattierung — Geölte Hölzer, Fußböden und dergl. — Ueber Nahrung des Grundes — Wasserdichte Lackflächen — Die wasserdichtesten Weißlackierungen — Weißlackierungen auf rotem Untergrund — Seidenlanzackierungen — Rostschutz-Anstriche — Isolierung alten Rostes — Salzsäurehaltiger Grund — Dichtende Zwischenschichten — Behandlung alter Anstriche — Klebung Anstriche und ihre Härtung — Klebung Fenster und Türfülle, ihre Verhaltung und Beseitigung — Isolierung von Anilinröten — Isolierung von Metallröten, verbleichten und verrotzten Decken, Rost-, Fett- und Schmutzflecken, Wasserrändern — Isolierung von Mattlacken, Weißlackierungen auf Wachsmattlacken ohne Abbeizen — Wiederherstellung rissiger Anstriche ohne Abbeizen — Abbeizen — Anleitungen und Vorschriften bei Vergebung und Ausführung von Anstrecharbeiten aller Art.

Zu beziehen durch den Verlag des „Vereins-Anzeiger“, Hamburg 25, Claus-Groth-Straße 1, oder das „Forschungs- und Lehrinstitut für ölfreie Grundiertechnik“, Paul Jaeger, Stuttgart 36, Paulinenstr. 5, oder jede Buchhandlung.